

Gesundheit

Großteil krebskranker NVA-Soldaten bleibt ohne Versorgung



Die meisten krebskranken ehemaligen Soldaten der Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR erhalten keine Versorgungsleistungen von der Bundeswehr. In einem Großteil der rund 1.100 gemeldeten Fälle bestehe kein Zusammenhang zwischen der Krebserkrankung und der Tätigkeit an Radaranlagen, sagte eine Sprecherin des Verteidigungsministeriums am Dienstag. Nur fünf ehemalige NVA-Soldaten erhalten einen positiven Bescheid.

Widerspruch gegen Ablehnungen angekündigt

Berliner Anwaltskanzlei Geulen und Klinger kündigte Widerspruch gegen die Ablehnungen an. Die Sozietät vertritt 180 ehemalige NVA-Soldaten sowie 900 krebskranke Bundeswehrsoldaten. "Solange ich nicht 180 positive Bescheide auf dem Tisch habe, ist die Sache für mich nicht abgeschlossen", sagte Rechtsanwalt Reimo Klinger. Die Ablehnungen ließen sich nicht mit dem Bericht der Expertenkommission des Bundestags-Verteidigungsausschusses in Einklang bringen. Dieser sehe vor, Bediener von Radaranlagen in der NVA als wehrdienstbeschädigt anzuerkennen.

Musterklagen in Frankfurt und Bonn

In Frankfurt an der Oder ist eine Musterklage auf Schmerzensgeld und Schadenersatz in Höhe von 60.000 Euro je Betroffenen anhängig. Eine weitere Musterklage wird ab dem 5. März in Bonn verhandelt. Auch Bundeswehrangehörige haben Versorgungsanträge gestellt. Von 1.800 Anträgen wurden bislang 235 als wehrdienstbeschädigt anerkannt. Die Prüfung vieler Anträge dauert noch an.

Langwierige Bearbeitung der Anträge bemängelt

Der Interessenverband der Radaropfer kritisiert eine schleppende Bearbeitung der Anträge. Viele Antragsteller seien inzwischen verstorben. Die ersten Anträge waren vor rund drei Jahren gestellt worden. Damals hatte der ehemalige Verteidigungsminister Rudolf Scharping eine schnelle und großzügige Regelung versprochen.